

SHORT NEWS

Umsattel- statt Schrottprämie

Es klingt wie ein Aprilscherz, doch es ist ein echtes Juli-Schnäppchen: Seit vergangenem Dienstag und bis Samstag den 11. gibt es in Frankfurt am Main eine Prämie von 50 Euro für RadfahrerInnen und alle, die es wieder werden wollen. Dazu muss man sein altes Rad abgeben und bei einem Frankfurter Fahrrad-Fachbetrieb ein neues, verkehrssicheres Stadtrad kaufen. In einer Pressemitteilung erinnert der alternative Verkehrsclub Deutschland an seine Online-Protestaktion gegen die Abwrackprämie für PKW und lobt die beiden kommunalen Initiativen - auch Mannheim hatte eine Umsattelprämie lanciert. „Die Bundesregierung liegt mit ihrer auf die Autoindustrie fixierten Konjunkturpolitik völlig daneben und beweist nur ihr veraltetes, rückständiges Denken“, so die Kritik des VCD, die sich auf andere Regierungen übertragen lässt. Wichtiges Detail: Die alten Räder werden keineswegs verschrottet, sondern wieder in Stand gesetzt und weiterverkauft.

Steak, frites, salade ou Gromperenkichelcher?

Mercredi, 1^{er} juillet, la baisse du taux de TVA français pour toute restauration sur place est entrée en vigueur. Il n'y a que deux semaines que l'Assemblée nationale a adopté cette nouvelle taxe à la valeur ajoutée, après y avoir été autorisée par une directive de l'Union européenne, décidée fin mai. Maintenant, le consommateur ne paye plus que 5,5 % de TVA sur un plat dans un restaurant français, à comparer avec l'ancien taux de 19,6 %. Il est vrai que cela coûtera l'Etat français environ 2,35 milliards d'euros net, mais des effets positifs sont attendus de cette diminution durant la saison touristique à venir et plus généralement au niveau de la création de nouveaux emplois. Par contre, les restaurants allemands situés près de la frontière française redoutent de voir leurs clients franchir la frontière pour commander un plat dans l'Hexagone. C'est la raison pour laquelle ces restaurants exigent maintenant une baisse de la TVA allemande de 19 à 7 %. En ce qui concerne le Luxembourg, la restauration dans ce pays se voit peu menacée, vu que le taux de la TVA est déjà inférieur à celui de la France. Au Luxembourg, dans les trois euros que coûte trois Gromperenkichelcher, par exemple, ne sont compris que neuf centimes de taxe à la valeur ajoutée. Car le taux de TVA pour l'alimentation et les restaurants est à 3 %. On revient désormais aux questions simples : Préférez-vous un « Steak, frites, salade » à Thionville, ou plutôt un Gromperenkichelchen dans la capitale ?

woxx@home

Casinokapitalismus

Rund um die woxx wird spekuliert. Das traditionsreiche Monopolgeäude, das unsere Büros sozusagen umklammert, wird derzeit demoliert um funktionellen Räumlichkeiten, die mehr Rendite abwerfen sollen, Platz zu machen. Darunter leiden die Nachbarn und somit auch die woxx. Der Krach und die Vibrationen lassen sich noch durch laute Musik übertönen ... doch spätestens wenn zwei Personen sich unterhalten wollen, stocken die Betriebsabläufe. Deshalb wurde das diesjährige Perspektiven-Seminar kurzerhand verlegt ... ins nahe Casino der Eisenbahner. Allerdings war das Unternehmen nur teilweise von Erfolg gekrönt, denn die sommerliche Hitze war nur bei offenen Fenstern zu ertragen. Zwar kann es die Rocade de Bonnevoie nicht mit der Abrissbombe in der Avenue de la Liberté aufnehmen, doch strapaziert andauernder Autoverkehr - gepaart mit landenden Fliegern - das Gehör und die Nerven ebenfalls ganz schön. Kein Wunder, dass sich nach dem Seminar keiner mehr in den gemeinsam gefassten Beschlüssen wiederfindet ... hatte doch jedeR für sich etwas anderes vernommen.

AKTUELL

SOZIALBERUFE

Erziehung kostet

Richard Graf

Die Kollektivvertragsverhandlungen im Sozial- und Pflegesektor sind ins Stocken geraten. Doch der Schlüssel zur Lösung liegt bei den Koalitionspartnern, die entscheiden müssen, wie die soziale und erzieherische Betreuung in Zukunft gestaltet werden soll.

Nein, noch sehe er keine Veranlassung, das „Educatteur“-Problem zur Chefsache zu erklären, meinte der Regierungs-Formateur, Jean-Claude Juncker, als er am Dienstagnachmittag zusammen mit Vertretern von CSV und LSAP der Presse eine Zwischenbilanz zur Regierungsbildung vorlegte. Wenige Stunden zuvor hatten mehrere Berufsorganisation aus dem Sozial- und Pflegesektor in einer Pressekonferenz ihrem Unmut darüber Luft gemacht, dass ihre Jahrzehnte alte Forderung, die Berufe des graduerten und diplomierten Erziehers endlich entsprechend der schulischen Ausbildung zu honorieren, immer noch kein Gehör gefunden hat.

Dass es nun ausgerechnet während der Koalitionsverhandlungen zu einem „showdown“ in Sachen Sozialberufe kommt, dürfte für keinen der Beteiligten die Sache einfacher machen. Nicht den Koalitionären, die händeringend nach Einsparpotentialen suchen, um die öffentliche Finanzierung einigermaßen im Griff zu behalten. Aber auch nicht den Berufsorganisationen, deren vorrangig finanzielle Forderungen in Zeiten, wo andere Sparten zur Kurzarbeit oder gar zur Arbeitslosigkeit verdammt sind, leicht als unsolidarische Besitzstandswahrung abgetan werden könnten. Aber so weit ist die Sache noch nicht, denn sogar Juncker, der schon einmal die Notwendigkeit einer Qualifizierung von Erziehern rundweg in Abrede gestellt hatte - weil seine Mutter auch ohne Ausbildung einen anständigen Jungen aus ihm gemacht habe - zeigt nun Verständnis für die Belange der Erzieher.

Dabei ist die Häufung der Probleme vor allem der CSV anzulasten. Die sehr niedrige Frauenarbeitsquote in Luxemburg hat es zugelassen, den Aufbau einer Tagesbetreuung für Kinder über Jahre hinweg zu vernachlässigen. Zwar hatte auch die CSV seit Mitte der 90er Jahre ihre Familienpolitik in Richtung der Bedürfnisse berufstätiger Frauen umgepolt. Doch der Nachholbedarf war riesig, und

rasch eingeführte Neuerungen wie die „maison relais“ oder die „chèques services“ erwiesen sich als schlecht durchdacht und drastisch unterfinanziert. Besser sieht es auch bei Ganztagesbetreuung in der Grundschule, die ab Herbst in Kraft treten sollen, nicht aus; ihre Umsetzung steht ebenfalls noch in den Sternen.

Die CSV-Forderung, die Einstiegsgehälter beim Staat (und somit auch in den konventionierten Sektoren) abzusenken, verheißt vor allem jungen ErzieherInnen eher eine Abnahme als einen Zuwachs bei ihren Einkünften. Die diplomierten ErzieherInnen, historisch Nachfolger der „moniteurs“, werden seit jeher schlechter bezahlt als die „rédacteurs“, obwohl diese ein Jahr weniger die Schulbank drücken. Ein rédacteur fängt mit ungefähr 3.500 Euro Brutto an und kann, wenn er nicht sowieso durch Weiterbildung avanciert, am Ende seiner Laufbahn mit mindestens 6.600 Euro rechnen. Beim diplomierten Erzieher liegen diese Eckwerte bei 2.300 beziehungsweise 4.300 Euro. Die graduerten ErzieherInnen, die eine „bac +3“ Ausbildung absolviert haben, verdienen zwischen 3.650 und 7.400 Euro. Damit liegen sie weit unterhalb dessen, was ein Bachelor sonst im öffentlichen Sektor verdient. Nimmt man hier zum Vergleich die klassische Akademikeraufbahn, die bei 5.500 Euro startet und bis zu 8.400 Euro führen kann - immer unter der Prämisse, dass nicht spezielle Zulagen hinzu kommen - fällt auf, dass insbesondere die jungen „gradués-e-s“ weit weniger verdienen.

Unter den aktuellen budgetären Bedingungen dürfte eine Anhebung der Löhne für die rund 5.000 Betroffenen allerdings schwer zu realisieren sein. Es sei denn, man geht dazu über, in den Berufsbildern die Qualifizierungsschwellen zu senken. Das allerdings dürfte in niemandes Sinne sein, weil es zur Folge hätte, dass die überqualifizierten KandidatInnen die weniger qualifizierten aus den jeweils niedrigeren Positionen verdrängen - und deutlich weniger Geld verdienen als jetzt. Die ErzieherInnen werden sich also - auch das eine Folge der Krise - noch in Geduld üben müssen. Früher oder später aber dürfte das Dossier dann doch auf dem Tisch des Regierungschefs landen - spätestens, wenn das Krisenkoalitionsprogramm nachgebessert wird.